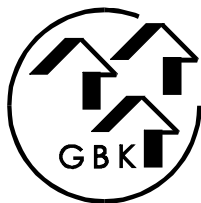


**GRÜN -
BÜRGERBEWEGTE
KOMMUNALPOLITIK
BRANDENBURG**



Dortustr. 52
14467 Potsdam

Tel. 0331- 5824606
Fax0331- 2005 78 20

ansgar.gusy@gbk-brandenburg.de
www.gbk-brandenburg.de

GBK-Kommunalrundbrief Nr.116

September 2019

Liebe Mitglieder,
Liebe Kommunalpolitikerinnen
und Kommunalpolitiker,
gerade dürft ihr den Willkommensbrief mit
der Kommunalverfassung und dem
Probeexemplar der AKP bekommen haben.
Bitte denkt daran, die Einverständniserklärung
auszufüllen, die ist für die GBK sehr wichtig.
Am Ende findet ihr unser Seminarprogramm.
Gerade für die Seminare in Erkner brauchen
wir noch mehr Anmeldungen.
Das Projekt fairpachten stellt sich in diesem
Rundbrief vor und sucht Kommunen, die
Ackerflächen verpachten, um diese zu
beraten.
In einem weiteren Artikel stellt Mehr
Demokratie die neue Software Consul für
Bürger*innenbeteiligung vor. Für diese
Software sucht der Verein
Anwenderkommunen, die Interesse haben,
ihre Partizipation internetbasiert
weiterzuentwickeln.
Im Bereich Bildung geht es um die Umsetzung
des Digitalpaktes in Brandenburg sowie um
das Raumprogramm für weiteführende
Schulen, das das Bildungsministerium
veröffentlicht hat.
Ein Schwerpunkt ist die Stärkung der Dörfer
und Kleinstädte. Dazu gibt es viele
Untersuchungen, die die Praxisunterstützen
sollen. Einen Kongress für die Revitalisierung
von Ortskernen in Kleinstädten veranstaltet
die Grüne Bundestagsfraktion im Oktober.

Allen viel Erfolg wünscht
Ansgar Gusy

Inhaltsverzeichnis

Fairpachten: Das kostenlose Beratungsangebot für Kommunen, die einen Beitrag für die Artenvielfalt leisten möchten	2
Von Kommunen für Kommunen: Mit „Consul“ und den Bürger*innen in die digitale Zukunft	3
Teilhabeatlas Deutschland – Ungleichwertige Lebensverhältnisse und wie die Menschen sie wahrnehmen	4
Leitfaden für Kommunales Open-Government - Gebrauchsanweisung für eine Utopie	6
Wird unsere Schule digital?	6
Raumprogrammempfehlungen der einzelnen Schulformen	6
Projektmittel für Verschönerung von 15 Schulhöfen / Jugendbeteiligung	6
Öffentliche Räume - Das Projekt	7
"Kultur trifft Digital" – neue Bewerbungsrunde für 2020	7
Ankommen im neuen Zuhause	8
Positionspapiers „Kleinstadtforschung“	8
Urbane Dörfer – wie digitales Arbeiten Städter aufs Land bringen kann	8
AKP 5/2019: Schwerpunkt Heimat	10
Alternative Finanzierungswege für Klimaprojekte	Fehler!
Textmarke nicht definiert.	
Weg vom Donut-Effekt? Lebendige Ortskerne in ländlichen Räumen	10
Seminare II/ 2019	11

Fairpachten: Das kostenlose Beratungsangebot für Kommunen, die einen Beitrag für die Artenvielfalt leisten möchten

Von Karoline Brandt, NABU-Stiftung Nationales Naturerbe, Projektmanagement Fairpachten, Regionalberaterin für Brandenburg

Das Insektensterben ist in aller Munde. Aber auch bei vielen Vogelpopulationen und Ackerwildkräutern ist ein dramatischer Rückgang zu verzeichnen. Der Verlust der Biodiversität hat dramatische Ausmaße angenommen. Immer mehr Kommunen setzen sich deshalb für die Artenvielfalt ein und vereinbaren Naturschutzmaßnahmen in ihren Pachtverträgen. Damit kommen sie auch dem Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach: Fast alle Menschen in Deutschland sprechen sich für eine naturverträglich Landwirtschaft aus. Dies bestätigt unter anderem die repräsentative Umfrage der Naturbewusstseinsstudie 2015 des Bundesamtes für Naturschutz oder das erfolgreiche Volksbegehren „Rettet die Bienen“ in Bayern.

Kommunen besitzen in der Regel landwirtschaftliche Flächen, die sie verpachten. Hier besteht ein großes Potential dem Verlust der Biodiversität entgegen zu wirken und auf eine naturschonende Bewirtschaftung zu achten. So ist es zum Beispiel möglich, die Anlage von Blühstreifen oder ein Verzicht auf Pestizide in Pachtverträgen zu vereinbaren. Bundesweit gibt es inzwischen zahlreiche Beispiel von Kommunen mit grünem Herzen: Zum Beispiel die Großgemeinde Stahnsdorf im Landkreis Potsdam-Mittelmark. Hier haben sich die Gemeindevertreter einstimmig gegen den Einsatz von Glyphosat und Neonicotinoide

ausgesprochen. Zukünftig soll bei neuen Pachtverträgen – und bei der Verlängerung bestehender Pachtverträge – eine entsprechende Klausel eingefügt werden. Auch Städte wie Schwerin, Rostock und Neustrelitz gehen mit gutem Beispiel voran. Bei der Kampagne „Pestizidfreie Kommunen“ werden inzwischen über 500 Städte und Gemeinden aufgelistet. Grundsätzlich ist der Verzicht auf Pestizide eine wichtige Maßnahme, es gibt aber eine Vielzahl von Naturschutzmaßnahmen, die einen Beitrag zum Schutz der Biodiversität leisten können. Welche Maßnahmen für Ackerflächen, Wiesen oder Weiden jeweils sinnvoll sind, hängt von den örtlichen Begebenheiten ab. Hier kann eine Beratung hilfreich sein.

Mit dem Projekt Fairpachten bietet die NABU-Stiftung Nationales Naturerbe ein kostenloses Informations- und Beratungsangebot an. Fairpachten richtet sich an alle die landwirtschaftliche Flächen verpachten, Kommunen ebenso wie Kirchen und Privatpersonen. Wir stellen geeignete Naturschutzmaßnahmen vor, erläutern, was deren Umsetzung in der Praxis bedeutet und weisen darauf hin, wenn es Förderungsmöglichkeiten gibt. Auf dieser Grundlage können Kommunen mit ihren Pächter/innen Maßnahmen für mehr Artenvielfalt vereinbaren. Mit der Beratung stellen wir einen Musterpachtvertrag zur Verfügung, der den aktuellen pachtrechtlichen Erfordernissen entspricht. Als NABU-Stiftung Nationales Naturerbe bewahren wir über 20.000 Hektar Land für die Natur. Im Dialog mit den Landwirt/innen vereinbaren wir eine naturfreundliche Bewirtschaftung für unsere Wiesen, Weiden und Äcker. Dabei haben wir in den letzten 15 Jahren viel Erfahrung gesammelt, die wir nun mit dem Beratungsangebot Fairpachten weitergeben. Das Projekt Fairpachten wird

im Rahmen des Bundesprogrammes Biologische Vielfalt gefördert.

Kommunen, die sich für die Artenvielfalt einsetzen möchten, stellen wir das Projekt Fairpachten gerne persönlich vor.

Die Kontakte des Beratungsteams finden Sie auf unserer Webseite. Hier finden Sie in der Rubrik „Hintergrund“ auch weitere Argumente und Informationen zum Thema Naturschutz und Landwirtschaft.

Im Netz: www.fairpachten.org

E-Mail: Fairpachten@NABU.de

Tel: 030 284 984 1844

Von Kommunen für Kommunen: Mit „Consul“ und den Bürger*innen in die digitale Zukunft

Von Simon Strohmenger

Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie gehören auf kommunaler Ebene in Deutschland mittlerweile mehr und mehr zum politischen Alltag. Davon zeugen unzählige Bürgerbeteiligungsprozesse und die knapp 8000 Bürgerbegehren, die bisher bundesweit stattfanden (davon ca. 280 in Brandenburg). Dennoch hinken wir bei digitaler Partizipation sowohl in Brandenburg als auch in Deutschland hinterher bzw. schöpfen die Möglichkeiten nicht aus, die die Digitalisierung auch in diesem Bereich bietet.

Zwar sind Partizipationsplattformen kein Allheilmittel – die Seele der Demokratie ist und bleibt das persönliche Gespräch - aber der digitale Raum kann diese sinnvoll ergänzen. Das beste Beispiel wie sinnvoll eine derartige Ergänzung sein kann, lieferte die spanische Hauptstadt Madrid mit der Entwicklung der Open-Source-Plattform „Consul“.

Consul wurde 2015 als Demokratie-Software entwickelt, die die Bürger*innen ermächtigt, die Geschicke ihrer Stadt selbst mitzugestalten. Sie können Gesetzesideen einbringen, über die städtische Mittelverwendung abstimmen, oder über drängende Probleme in ihren Vierteln diskutieren. Dabei wurde schon unter

anderem über autofreie Innenstädte, die Kosten des öffentlichen Nahverkehrs, die Energieversorgung, den Ausbau von Radwegen, soziale Treffpunkte und die Begrünung der Stadt diskutiert und abgestimmt.

Mit Consul als Ergänzung zu den konventionellen Beteiligungsprozessen und als Plattform auf der alle Ergebnisse zusammenlaufen, konnte eine neue Dimension politischer Aktivierung erreicht werden. Mittlerweile sind hundertausende Madrilenen bei „Decide Madrid“ (der madrilenischen Consul-Version) registriert und nutzen diese regelmäßig.

Dabei stützt sich Consul auf fünf Säulen:

1. Debatten - Diskussionsplattform, die nicht zu einer direkten Entscheidungsfindung führt, sondern der Stadt einen Einblick in die öffentliche Meinung und den Bürger*innen die Möglichkeit gibt, sich untereinander auszutauschen und ihre Erfahrungen einzubringen.
2. Vorschläge - Bürger*innen können Ideen für neue Maßnahmen oder Aktionspläne einbringen und unterstützen, die in die Zuständigkeit der Stadtverwaltung fallen. Erreichen sie ein gewisses Quorum, wird darüber abgestimmt.
3. Abstimmungen - Es kann sowohl über Vorschläge von Bürger*innen als auch von Institutionen abgestimmt werden. Außerdem ist es möglich, das gesamte Stadtgebiet oder nur bestimmte Bezirke einzuschließen.
4. Bürgerhaushalte - Bürger*innen können Ausgabenvorschläge für Teile des städtischen Budgets machen. Die Vorschläge, die die meisten Stimmen erhalten, werden umgesetzt.
5. Kollaborative Gesetzgebung – Bürger*innen können sich aktiv an der Ausarbeitung von Gesetzen und Aktionsplänen beteiligen. Gesetzestexte können kommentiert und diskutiert werden.

Consul ist jedoch nicht auf diese fünf Säulen festgelegt, sondern kann durch die modulare

Bauweise relativ einfach an die jeweiligen Bedürfnisse einer Kommune angepasst werden. Die Basis ist jedoch der Open-Source-Code, der allen interessierten Städten frei und kostenlos zur Verfügung steht und der von allen Beteiligten (Städte, Universitäten, IT-Expert*innen) stetig weiter entwickelt wird.

Der damit einhergehende hohe Sicherheitsstandard, die Nutzerfreundlichkeit, sowie die freie Verfügbarkeit und die Anpassbarkeit auf die jeweiligen Stadt-Bedürfnisse haben dazu geführt, dass die Consul-Community auf knapp 100 Städte und mehr als 100 Millionen Nutzer*innen angewachsen ist. Unter anderem haben sich Metropolen wie New York, Buenos Aires oder Turin angeschlossen und nutzen Consul, um ihr Miteinander mithilfe von modernen Technologien offener, transparenter und partizipativer zu gestalten.

Über Mehr Demokratie e.V.:

Daten & Fakten:

größte Nichtregierungsorganisation für direkte Demokratie

weltweit, überparteilich, gemeinnützig

Kampagnen, Beratung, wissenschaftliche Auswertung,
Gesetzesentwürfe zu Demokratiethemem

Themen

Einführung bundesweiter Volksbegehren und Volksentscheide

Reformen direkter Demokratie auf Kommunal- und Landesebene

Reformen des Wahlrechts und des Parlamentarismus

Demokratisierung der Europäischen Union

Ausbau der Informationsfreiheit

Stärkung der Bürgerbeteiligung inklusive digitaler Partizipation

<https://www.mehr-demokratie.de/themen/beteiligungs-software-consul/>

Teilhabeatlas Deutschland – Ungleichwertige Lebensverhältnisse und wie die Menschen sie wahrnehmen

Wie gut die Menschen in Deutschland am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, hängt zu einem guten Teil davon ab, wo sie wohnen. „Besonders gut sind die Chancen in Baden-Württemberg, in Teilen Bayerns und im südlichen Hessen“, sagt Reiner Klingholz, Direktor des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung. „Nördlich davon bieten nur vereinzelte Regionen ihren Bewohnern vergleichbare Teilhabechancen, im Osten lediglich der berlinnahe Landkreis Dahme-Spreewald.“

Drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung hängen die meisten ostdeutschen Regionen noch in vielen Bereichen zurück. In fast allen ländlichen Kreisen, aber auch in den meisten ostdeutschen Städten müssen die Menschen mit geringeren Teilhabechancen leben. Dieses Schicksal teilen sie aber mit den Bewohnern einiger westdeutscher Städte, vor allem im Ruhrgebiet, aber auch im Südwesten von Rheinland-Pfalz, im Saarland sowie in Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

Das ist das Ergebnis einer neuen Studie des Berlin-Instituts und der Wüstenrot Stiftung. Die Studie untersucht, welche gesellschaftlichen Teilhabechancen die 401 deutschen Landkreise und kreisfreien Städte ihren Bewohnern bieten. Gemessen wurde die Teilhabe anhand einer Reihe von Indikatoren wie der Quote von Sozialleistungsempfängern, der Höhe der Einkommen, der Verfügbarkeit schneller Internetzugänge oder der Erreichbarkeit von Ärzten, Supermärkten und weiteren alltäglichen Dienstleistungen.

Im Ergebnis zerfällt die Republik in sechs Bereiche, die sich in ihren Rahmenbedingungen ähneln: drei städtische und drei ländliche „Cluster“ mit jeweils guten, mäßigen und geringeren Teilhabechancen. Die daraus erstellte Landkarte, eine Art „Teilhabeatlas“, zeigt, „wo die gut versorgten und wo im Extremfall die ‚abgehängten‘ Regionen Deutschlands liegen“, so Stefan Krämer, stellvertretender Geschäftsführer der Wüstenrot Stiftung. „Deutlich erkennbar wird, wie wichtig eine differenzierte, diese

Unterschiede aufgreifende Handlungsstrategie ist, gerade auch in der Politik.“

Gute Teilhabechancen vor allem im Süden – der Osten hängt weiterhin zurück

Mittels einer Clusteranalyse hat das Berlin-Institut die kreisfreien Städte und Landkreise in sechs Gruppen zusammengefasst, die ihren Bewohnern jeweils ähnliche Teilhabechancen bieten. Cluster 1 umfasst städtische und Cluster 4 ländliche Regionen, die ihren Einwohnern gute Teilhabechancen ermöglichen. Im städtischen Cluster 2 sowie im ländlichen Cluster 5 stehen die Menschen vor vereinzelt Hürden bei der gesellschaftlichen Teilhabe. Die Regionen, die sich im städtischen Cluster 3 sowie im ländlichen Cluster 6 befinden, bieten den Menschen die im bundesweiten Vergleich geringsten Chancen zur Teilhabe.

Subjektive Wahrnehmung objektiver Bedingungen

Aber wie nehmen die Menschen diese tatsächlichen Lebensbedingungen wahr – gleich, besser oder schlechter, als es die objektiven Zahlen erwarten lassen? Um die gefühlten Teilhabechancen mit den erhobenen Daten abzugleichen, sind wir in 15 Regionen aus allen sechs Clustern gereist und haben insgesamt fast 300 Einzelinterviews und Gruppengespräche geführt: mit Bürgern und Politikern, mit Verwaltungsmitarbeitern, Wirtschafts- und Medienvertretern sowie mit Menschen, die ehrenamtlich oder hauptberuflich im sozialen Bereich arbeiten. Das Ergebnis ist zwar nicht repräsentativ, gibt aber einen guten Einblick in das Lebensgefühl vor Ort.

„In den Gesprächen zeigte sich, dass die Menschen ihre Lebensbedingungen weitgehend realistisch einschätzen“, fasst Manuel Slupina zusammen, Mitautor der Studie: „Mit den Unterschieden bei den Teilhabechancen gingen sie recht nüchtern und pragmatisch um.“ Je nach Wohnort haben sie auch andere Erwartungen an ihr Umfeld. Die befragten Landbewohner sind sich meist des Nachteils bewusst, dass sie zum Arbeiten pendeln müssen und für manche Erledigungen auf die nächste größere Stadt angewiesen

sind. Trotzdem äußerten sie, dass sie gern dort leben.

Was die Wahrnehmung beeinflusst

Haben Bewohner das Gefühl, dass sich ihre Region positiv entwickelt, schätzen sie ihre persönliche Lage eher optimistisch ein. „Gerade dort, wo die Menschen nach einer langen Durststrecke wieder einen Aufwärtstrend verspüren, blicken die Befragten meist positiv in die Zukunft“, so Slupina.

Umgekehrt äußerten Befragte das Gefühl, abgehängt zu sein, wo sie den Niedergang als chronisch erleben und wenig Perspektiven sehen. Dabei sind es oft Veränderungen im unmittelbaren Umfeld, welche die Einschätzung prägen: Wenn der Dorfladen schließt oder das Krankenhaus auf der Kippe steht, empfinden viele dies als problematisch – selbst wenn sich die Region als Ganze positiv entwickelt.

Ob auf dem Land oder in der Stadt, ob in einer Boom- oder Schrumpfregion, überall berichten Gesprächspartner von einer besonderen Bindung zu ihrer (Wahl-)Heimat. Wer sich einem Ort verbunden fühlt, ist eher bereit, sich zu engagieren und zur Verbesserung der Lebensbedingungen beizutragen. Zahlreiche Vereine, Bürgerbusse oder Dorfläden zeugen davon. In den besuchten ländlichen Regionen in Ostdeutschland stehen jedoch viele Befragte dem Gedanken, selbst die Initiative zu ergreifen, skeptisch gegenüber und glauben nicht, mit ihrem Einsatz etwas bewirken zu können. Missstände zu beheben sei Aufgabe der Politik.

Die Rolle der Politik

Erklärtes Ziel der Bundesregierung ist, für „gleichwertige Lebensverhältnisse“ in allen Teilen des Landes zu sorgen. „Sie hat allerdings bis heute nicht definiert, wie Gleichwertigkeit überhaupt auszusehen hätte“, moniert Klingholz. Das mache es nahezu unmöglich, ungleichwertige Lebensverhältnisse zu benennen, geschweige denn, Gleichwertigkeit herzustellen.

Ohnehin entwickeln sich die Regionen wirtschaftlich und demografisch sehr

unterschiedlich und bringen oft grundlegend verschiedene Voraussetzungen mit. „Mit dem Versprechen von Gleichwertigkeit weckt die Politik Erwartungen, die sie nicht erfüllen kann“, so Klingholz: „Dies führt unweigerlich zu Enttäuschungen und weiteren Frustrationen.“ Stattdessen solle sie die Realität anerkennen und ihre eigenen Möglichkeiten nüchtern einschätzen. Aufgrund der Vielfalt der Lebensbedingungen muss sie nach Lösungen suchen, die sich an den jeweiligen regionalen Möglichkeiten und Bedürfnissen orientieren, um den Menschen überall im Land eine gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Folgende Regionen haben wir besucht:

Landkreise: Gütersloh, Heilbronn, Ludwigslust-Parchim, Mansfeld-Südharz, Ostalbkreis, Rotenburg (Wümme), Schleswig-Flensburg, Tirschenreuth

Kreisfreie Städte: Braunschweig, Cottbus, Dresden, Gelsenkirchen, Hamburg, Heilbronn, Ludwigshafen am Rhein, Stuttgart

Leitfaden für Kommunales Open-Government - Gebrauchsanweisung für eine Utopie

Das BMI hat gemeinsam mit dem Kommunalen Spitzenverbänden einen [Leitfaden für Open Government](#) veröffentlicht. Er beruht auf dem Förderprogramm "Modellkommune Open Government". Mehr unter http://open-government-kommunen.de/wp-content/uploads/2019/09/Gebrauchsanleitung_Modellkommune-Open-Government.pdf

Wird unsere Schule digital?

Bund und Länder haben einen 5-Milliarden-Pakt beschlossen, um die Schulen fit zu machen für das digitale Zeitalter.

Doch was kommt in unserer Schule an?

Das steht im Amtsblatt des Bildungsministeriums.

Um das Geld zu bekommen, müssen die Schulen einen Antrag stellen. Für Kommunalpolitiker*innen, deren Kommune Schulträger ist, sicher eine Nachfrage wert.

„Grundsätzlich wird zudem in der Förderrichtlinie festgelegt, dass eine Ausstattungsförderung an Schulen nur möglich ist, sofern die digitale Vernetzung in Schulgebäuden und auf Schulgeländen sowie ein schulisches WLAN vorhanden bzw. vom Antrag umfasst sind.“ (Antwort auf eine kleine Anfrage)

Was „vom Antrag umfasst sind“ bedeutet, wird dann in der Folge erläutert. Demnach werden auch Anträge zum Aufbau oder der Verbesserung der digitalen Vernetzung zugelassen, wenn die Schule keinen Anbieter findet, der Ihr einen Glasfaseranschluss oder sonstige nötige Anforderungen garantieren kann. Auch Anträge zum Aufbau schulischen WLANS sind möglich.

Laut Antwort einer Kleinen Anfrage der FDP im Bundestag haben (Stand: Juli 2019) in Brandenburg haben genau ein Drittel aller Brandenburger Schulen noch keinen Zugang von mindestens 50 Megabit pro Sekunde. Nur die Hälfte aller Brandenburger Schulen seien bis zum gleichen Zeitpunkt im Rahmen des Bundesförderprogramms Breitbandausbau an das Gigabit-Netz angeschlossen worden.

Weitere Informationen: Amtsblatt 24 MBS
https://bravors.brandenburg.de/br2/sixcms/media.php/76/Abl-MBJS_24_2019.pdf

(Dank an Thomas Birk von der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Raumprogrammempfehlungen der einzelnen Schulformen

Raumprogrammempfehlung für Grundschulen, Oberschulen, Gesamtschulen Sek I und II sowie für Gymnasien hat das MBS herausgegeben.

Zu finden im Amtsblatt des MBS:

https://mbs.brandenburg.de/media_fast/6288/29aug2019_rpe.pdf

Verschönerung von 15 Schulhöfen

Das Kinderhilfswerk fördert die Verschönerung von 15 Schulhöfen mit bis zu 30.000 Euro.

Erläuterungen zum Programm und Bewerbungen bis 20.10. 2019 unter:

<https://www.dkhw.de/aktionen/aktion-schulhoftraeume/>

Restmittel im Förderfonds Kinder- und Jugendbeteiligung Bewerbung bis 30. November 2019

Der Förderfonds "Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Demokratie und Wahlen" des Deutschen Kinderhilfswerkes und des Brandenburger Jugendministeriums wird aufgrund der sehr hohen Nachfrage in diesem Jahr von 125.000 Euro auf 140.000 Euro erhöht. Das Land Brandenburg trägt davon 125.000 Euro, das Deutsche Kinderhilfswerk 15.000 Euro. Anträge können für Projekte bis zum 30. November 2019 gestellt werden, diese sollen bis Mitte Februar des kommenden Jahres abgeschlossen sein.

www.dkhw.de/foerderfonds/brandenburgschiller@dkhw.de

Öffentliche Räume - Das Projekt

Demokratie hat einen Ort und das ist der Öffentliche Raum! Hier werden Demokratie und Gesellschaft erlebt, gelernt und gelebt. Öffentliche Räume sind all die Räume über die alle Menschen Zugang zu öffentlichen Gütern haben. Wozu öffentliche Räume gut sind. Was wir an öffentlichen Räumen haben. Warum wir uns um öffentliche Räume kümmern (müssen).

<https://www.boell.de/de/spaces?dimension1=startseite>

"Kultur trifft Digital" – neue Bewerbungsrunde für 2020

Mit Bananen Computerspiele steuern, mit Treppenstufen Musik machen und aus Pizzakartons Virtual Reality Brillen bauen – das und vieles mehr ist möglich im Projekt "Kultur trifft Digital. Stark durch digitale Bildung und Kultur". Einrichtungen mit

Interesse daran, Kindern und Jugendlichen kulturelle Bildung mit Hilfe digitaler Medien zu ermöglichen, können sich jetzt für ein Bildungsbündnis bewerben.

"Kultur trifft Digital" ist ein Projekt, das im Rahmen des Programms "Kultur macht stark" des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert wird und benachteiligte Kinder sowie Jugendliche zwischen 6 und 18 Jahren adressiert. Für die Durchführung kooperiert die Stiftung mit mindestens zwei lokalen Partnern als Bündnis für Bildung. Partner können Familien-, Freizeit- oder Jugendeinrichtungen sowie Kultureinrichtungen oder Freiwilligenagenturen sein.

Seit dem Projektstart 2018 hat die Stiftung Digitale Chancen bereits über 70 Bündnisse mit Einrichtungen aus ganz Deutschland geschlossen und mehr als 160 Veranstaltungen durchgeführt, die bei Jung und Alt auf große Resonanz gestoßen sind. Das Ziel von "Kultur trifft Digital" ist es, Kindern und Jugendlichen kulturelle Bildung mit digitalen Medien näher zu bringen. Dafür wurden zwei aufeinander aufbauende Formate konzipiert: Schnupperveranstaltung "Digitaler Orientierungsparcours" sowie medienpraktische Workshops.

Durchgeführt werden die Veranstaltungen vor Ort von freiberuflich tätigen Medienpädagoginnen und Medienpädagogen, die deutschlandweit im Einsatz sind. Das Angebot eignet sich vor allem als Ferien- und Wochenendprogramm. Die Stiftung Digitale Chancen übernimmt die Koordination und (finanzielle) Administration des Projekts, die Bereitstellung der Hard- und Software für die Durchführung der lokalen Projekte sowie deren medienpädagogische Betreuung.

Nähere Informationen unter www.kultur-trifft-digital.de

Stiftung Digitale Chancen Projektteam "Kultur trifft Digital" Chausseestr. 15, 10115 Berlin, Fon: 030.437 277 40 Mail: nfkltr-trfft-dgtld Web: www.kultur-trifft-digital.de

Ankommen im neuen Zuhause

Eine neue Broschüre der Bertelsmann-Stiftung

Wie schaffen es Kommunen, die Geflüchteten in Bildung, Arbeit und Gesellschaft zu integrieren? Auch wenn die Flüchtlingszahlen gegenüber 2015 jetzt zurückgegangen sind, ist dies noch immer eine Herausforderung. Denn die über eine Million Menschen, die 2015 und 2016 vor Krieg und politischer Verfolgung geflohen sind, leben in den Städten und Gemeinden. Viele haben längst ihre Erstunterkünfte verlassen, besuchen Integrationskurse, Internationale Förderklassen oder Schulklassen – und rund ein Drittel ist mittlerweile in Arbeit und Ausbildung gekommen. Längst geht es darum, wie alle mit unserer Arbeitswelt sowie mit Bildung, Ausbildung und Weiterqualifizierung vertraut gemacht werden können. Und wie das Zusammenleben zwischen der hiesigen Bevölkerung und den Neuankömmlingen gestaltet werden kann.

Für die Integration von Geflüchteten braucht es die gesamte kommunale Gemeinschaft: Hauptamtliche und Ehrenamtliche, Stadtverwaltung und Wohlfahrtsverbände, Institutionen und Arbeitgeber*innen, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Wie kann dies gelingen, ohne dass die Einrichtungen aneinander vorbeiarbeiten? Ohne dass die wirklichen Bedarfe der Geflüchteten verkannt werden? Wie können Integrationsangebote aufeinander abgestimmt oder sogar aus einer Hand angeboten werden?

Die Bertelsmann Stiftung hat drei Jahre lang 23 Pilotkommunen begleitet, die eine akteursübergreifende Zusammenarbeit aufgebaut und konkrete Strategien sowie Konzepte für die Integration von Geflüchteten erarbeitet und umgesetzt haben.

Die Lernerfahrungen und Good-Practice-Beispiele sowie Auszüge aus den Evaluationsberichten werden in dieser Publikation vorgestellt. Spannende Einzelgeschichten zeigen zudem, mit welchen Hoffnungen, Schwierigkeiten, Bedarfen und Hilfen Geflüchtete in Deutschland leben.

Mehr unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/ankommen-im-neuen-zuhause-1/>

Positionspapier „Kleinstadtforschung“

Gerne weisen wir auf das Erscheinen des **Positionspapiers „Kleinstadtforschung“** des Ad-hoc-Arbeitskreises der **Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)** hin. Das Positionspapier fasst erstmals den Stand der empirischen Forschung zu Kleinstädten zusammen und fokussiert die anstehenden Aufgaben einer zeitgemäßen Kleinstadtforschung. Es steht kostenfrei zum Download bereit: https://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/pospapier/pospapier_113.pdf

Wir wünschen eine informative und anregende Lektüre und weisen Sie zugleich auf die Pressemitteilung „[Jenseits von Großstadt und ländlichen Räumen – was wir über Kleinstädte \(nicht\) wissen](#)“ anlässlich des Erscheinens des Positionspapiers hin.

Urbane Dörfer – wie digitales Arbeiten Städter aufs Land bringen kann

In Ostdeutschland kämpfen vor allem ländliche Gebiete fern der Großstädte mit Abwanderung und einem anhaltenden Bevölkerungsrückgang. Dieser Trend lässt sich nur stoppen, wenn die Dörfer sich neu erfinden und ein urbanes Klientel für sich begeistern. Seit Kurzem erprobt eine kreative urbane Szene mit innovativen Wohn- und Arbeitsprojekten, wie sich neue Formen digitaler Arbeit mit dem Landleben verbinden lassen.

Bislang zeigt sich in vielen entlegenen Landstrichen im Osten das gleiche Bild: Dörfer und Kleinstädte erleben einen schleichenden Bevölkerungsschwund, die Bevölkerung altert stark und die Orte verlieren weiter an Attraktivität. Was aber können diese Regionen tun, um den Abwärtstrend zu stoppen und sich dem Sog der Großstädte entgegenzustemmen? Diese Frage beschäftigt

betroffene Kommunen und vermehrt auch die Bundespolitik.

Sicher ist, dass Dörfer ein eigenes Profil auf Basis ihrer Vorteile – Naturnähe, mehr Freiräume, günstiger Wohnraum – gegenüber der Stadt entwickeln müssen. „Das neue Dorf lässt sich allerdings nicht am Reißbrett erfinden,“ meint Reiner Klingholz, Direktor des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung. „Lebenswerte Orte entstehen dort, wo sich Menschen mit neuen Ideen und Projekten ans Werk machen und eine Perspektive für sich und andere schaffen.“ Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung und der Think Tank Neuland 21 haben 18 solcher Projekte untersucht und die Ergebnisse in der Studie „Urbane Dörfer – wie digitales Arbeiten Städter aufs Land bringen kann“ zusammengefasst.

Die Projekte zeigen, wie das Landleben neuerdings in den Fokus eines traditionell urban geprägten Milieus rückt: Stadtmüde treffen sich auf sogenannten Meetups und besprechen, wie sich flexible Formen digitalen Arbeitens mit einem Leben fernab der Großstädte verbinden lassen. „Dass nun junge Kreative und digital affine Städter das Land für sich entdecken, birgt für demografisch angeschlagene Regionen eine große Chance,“ sagt Silvia Hennig, Gründerin von Neuland 21. „Sie entwickeln und erproben in den Dörfern und Kleinstädten gemeinschaftliche Wohnformen und innovative Arbeitsmodelle. Damit könnten sie Pioniere einer neuen Bewegung sein, die mit digitalen Ideen das Leben auf dem Land wieder für mehr Menschen attraktiv machen.“

Digitale Arbeit als Umzugshelfer

Viele der neuen Landbewohner arbeiten in Wissens- und Kreativberufen – von den klassischen Digitalarbeitern wie Programmierern und Grafikdesignern über Architekten und Journalisten, bis hin zu Sozialwissenschaftlern oder Kulturmanagern. Sie können örtlich flexibel ihrem Job nachgehen – also auch vom heimischen Computer auf dem Land aus. Doch sie wollen nicht jeden Tag allein am eigenen Schreibtisch arbeiten, sondern suchen den K

ontakt zu Gleichgesinnten. „Die ländlichen Digital-arbeiterbringen ein Raumkonzept aus den Städten mit aufs Land: Coworking Spaces,“ sagt Silvia Hennig. „Wie in der Stadt können sich hier Freiberufler und Selbständige vorübergehend Schreibtische mieten, um gemeinschaftlich zu arbeiten.“ Einige dieser Coworking Spaces entstehen sogar mit angeschlossenen Unterkünften. Hier können sich gestresste Stadtbewohner während längerer Aufenthalte in einer ruhigen Umgebung auf die Arbeit konzentrieren. „Das lockt nicht nur Besucher in den Ort, sondern schafft auch Arbeitsplätze und bringt Geld in die Kassen der Projekte,“ sagt Manuel Slupina, Mitautor der Studie.

In der Mitte und nicht am Rand

Die Wohn- und Arbeitsprojekte zieht es in der Regel nicht in Neubauten am Stadt- oder Dorfrand. Die Umzugswilligen interessieren sich eher für alte und baufällige Gebäude in der Ortsmitte. Sie verwirklichen ihre Ideen in stillgelegten Fabriken und Mühlen, Krankenhäusern und Berufsschulen, Klosteranlagen und Landgütern. „Sie bringen frisches Leben in Gebäude, die mitunter lange leer standen und die Ortskerne verschandelt haben,“ sagt Manuel Slupina. „Sie wirken damit einem der drängendsten Probleme ländlicher Räume entgegen: dem Entstehen von sogenannten Donut-Dörfern.“ Dieses Phänomen, bei dem die Ortskerne verfallen, während am Ortsrand die Neubaugebiete wuchern, lässt sich in Deutschland nahezu flächendeckend beobachten.

„Auch wenn die neue Landbewegung den entlegenen Regionen nicht überall aus der Misere helfen wird, wäre die Politik gut beraten, die Motive und Bedürfnisse der jungen Landlustigen besser kennenzulernen,“ sagt Reiner Klingholz, „gerade jetzt, da sie ein neues Interesse an einem Ausgleich zwischen Stadt und Land gefunden hat.“ Denn die Stadt-Land-Wanderer bringen nicht nur Einwohner, Steuer- und Gebührenzahler aufs Land, sondern auch neue Ideen: Sie suchen nach Möglichkeiten, wie man auch ohne Auto auf dem Dorf mobil bleiben kann, denken über Hofläden zur Verbesserung der Nahversorgung nach, eröffnen Galerien und organisieren Festivals. Vor allem aber schaffen

sie digitale Inseln, die einen Weg zum Dorf der Zukunft weisen und dabei zu demografischen Speckwürfeln in der Peripherie werden können.

Die Politik sollte diese Pioniere unterstützen und sie von bürokratischen Hürden entlasten. Vor allem muss sie den ländlichen Raum endlich flächendeckend mit einem schnellen Internetzugang versorgen. Denn ohne ein leistungsfähiges Kabel haben die Dörfer im Wettbewerb um Einwohner gegenüber den Städten keine Chance.

Die Studie wurde gefördert durch den Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie. Sie steht gratis als Download zur Verfügung unter:
https://www.berlin-institut.org/publikationen/studien/Urbane_Dorfer

AKP 5/2019: Schwerpunkt Heimat

Was bedeutet das sperrige Wort "Heimat" für grün-alternative Kommunalpolitik? AKP 5/2019 befasst sich mit dem Grünen Heimatbegriff, Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, Kunst am Bau sowie alten und neuen DorfbewohnerInnen.

Weitere Themen:

- * Baulandmodelle: Ein Mittel gegen steigende Bodenpreise?
- * Neuordnung der Notfallversorgung
- * Rechtsberatung für ArbeitsmigrantInnen
- * Die Stader Parkhaus-Saga – Drama in drei Akten
- * Jugendparlament in Göttingen

Das Inhaltsverzeichnis findet Ihr hier:

http://www.akp-redaktion.de/2019/inhalt_519.pdf

Einzelpreis: 11 Euro plus 1,30 Euro Versand
 Abopreis: 60 Euro (sechs Ausgaben im Jahr)
 Wir freuen uns auf Eure Bestellungen:
akp@akp-redaktion.de

Weg vom Donut-Effekt? Lebendige Ortskerne in ländlichen Räumen

Klein- und Mittelstädte sind Anker in ländlichen Räumen und erfüllen wichtige Funktionen für ihr Umfeld, die sich allerdings derzeit stark wandeln. Vielerorts veröden Ortskerne und Kleinstädte, Geschäfte machen aufgrund fehlender Kaufkraft dicht, öffentliche Einrichtungen schließen und Wohnungen stehen leer. Unattraktive Ortskerne wirken sich negativ auf die Entwicklung der ganzen Region aus, immer mehr Menschen ziehen weg und die Wirtschaft leidet. Mit dem öffentlichen Fachgespräch wollen wir anhand von best-practice Beispielen gemeinsam mit ExpertInnen die politischen Handlungsoptionen auf Bundesebene für von Verödung bedrohten oder bereits betroffenen Stadt- und Dorfkernen in ländlichen Regionen herausarbeiten. Dabei wollen wir u.a. auf folgende Fragen eingehen:

Mit welchen Problemen und aufgrund welcher mittel- und langfristigen Tendenzen sind Ortskerne in ländlichen Regionen konfrontiert? Wie können Ortskerne von kleinen Städten attraktiv bleiben oder es wieder werden? Welche Formen der Nach- oder Umnutzung gibt es, um Leerstand in Ortskernen zu bekämpfen? Wie kann eine Stärkung der Beziehung zwischen Stadt und Gemeinden im Umland aussehen? Wie können stationärer und Online-Handel verbunden werden? Welche Lösungsstrategien haben sich bewährt, auch über geförderte Projektphasen hinweg?

Freitag, 18.10.2019, 14.00 bis 17.00 Uhr

Berlin, Deutscher Bundestag, Paul-Löbe-Haus

Mit: **Daniela Wagner MdB**, Sprecherin für Stadtentwicklung, **Markus Tressel MdB**, Sprecher für ländliche Räume, **Prof. Hildegard Schröteler-von Brandt**, Universität Siegen, **Corinna Hesse**, Kreative MV, **Marika Puskeppelit** Andreas Hermes Akademie, **Hannah Glatte**, Center for Responsible

Samstag, den 23. November 2019, Potsdam

Seminare II/ 2019

[Der Haushalt in Schönwalde](#)

Dienstag, den 02. Oktober, 17.00 Uhr,
Schönwalde

[Wie finanziert sich eine Kommune?](#)

Freitag, den 18. Oktober 2019, 17 Uhr, Erkner

[Einführung in die Doppik](#)

Samstag, den 19. Oktober 2019, Erkner

[Fragen zum Kommunalrecht](#)

Freitag, den 08. November 2019, Potsdam

[Unternehmen kontrollieren, Ein Seminar für Aufsichtsräte](#)

Samstag, den 09. November 2019, 10 Uhr,
Potsdam

[Wie finanziert sich eine Kommune?](#)

Freitag, den 22. November 2019, 17 Uhr,
Potsdam

[Einführung in die Doppik](#)

Anmeldungen bitte bis spätestens 10 Tage vor dem Seminar. Mitglieder bekommen eine Ermäßigung von 50% auf die Teilnahmegebühr.

Bestellseminare

[Die Arbeit in der kommunalen Vertretung](#)

Für neue Mitglieder in den Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen und Kreistagen

[Planspiel Baupolitik in der Kommune](#)

Für Mitglieder von Bauausschüsse sowie Initiativen, die sich für Baupolitik interessieren.

Die Bestellseminare veranstaltet die GBK auf Anfrage vor Ort zusammen mit kommunalpolitisch engagierten Bürger*innen und aktiven Kommunalpolitiker*innen. Wenn ihr ein eigenes Thema habt, was hier fehlt, schlagt eure Themen vor. Anfragen bitte an die Geschäftsstelle.